



Automobil-Montage in Bratislava,
Slowakische Republik
Foto: Volkswagen AG

In Deutschland steht die öffentliche Wahrnehmung der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) zunehmend im Zeichen von Sorgen um die Zukunft inländischer Arbeitsplätze. Im Umfeld des Beitritts der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 häufen sich Meldungen über anstehende oder geplante Verlagerungen von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen nach Mittel- und Osteuropa. Und in den Unternehmen, so ist zu erfahren, wird die Option der Verlagerung von Arbeitsplätzen verstärkt als Argument genutzt, um den Beschäftigten Konzessionen bei den Arbeits- und Beschäftigungskonditionen an deutschen Standorten abzurufen, was teilweise zu ungekannten harten Auseinandersetzungen führt. Ihre Brisanz gewinnt die Wahrnehmung aus einem wirkungsmächtigen Deutungsmuster: Die Erweiterung setze den Standort Deutschland schlagartig einer Konkurrenz mit Niedriglohn- und Niedrigsteuerländern aus, die – sofern sich an den hiesigen Rahmenbedingungen nichts ändere – unweigerlich eine Umverteilung von Arbeit von West nach Ost auslösen werde.

Diese Thematisierung der Osterweiterung verleiht der Frage, in welcher Weise Mittel- und Osteuropa in die internationale industrielle Arbeitsteilung einbezogen wird, eine hohe Aktualität. Mit dieser Fragestellung beschäftigt sich das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Forschungsprojekt »Globalization and the Future of National Systems: Relocation and Reorganization in European Economies«, das vom Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) gemeinsam mit dem Industrial Performance Center des Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge (USA) durchgeführt wird.

Seit 2001 untersuchen die beiden Projektgruppen, wie Unternehmen der Automobil-, Elektronik- und Bekleidungsindustrie die neuen Optionen grenzüberschreitender Vernetzung in Europa nutzen und welche Rückwirkungen sich daraus an den Heimatstandorten dieser Unterneh-

de, an denen eine Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen beteiligt ist. Solche transnationale Produktionsnetzwerke haben die Verlagerung industrieller Aktivitäten nach Mittel- und Osteuropa in den letzten zehn Jahren forciert. Allerdings wird häufig übersehen, dass das Funktionieren dieser

Europas Industrie: Die neue Ost-West-Arbeitsteilung

Michael Faust, Ulrich Voskamp, Volker Wittke

men (etwa in Deutschland, Frankreich oder Italien) ergeben.

Aufbau und Nutzung industrieller Kapazitäten in Mittel- und Osteuropa durch westliche Unternehmen haben sich, so zeigen die Projektergebnisse, bereits in den letzten zehn Jahren, also lange vor der EU-Osterweiterung, überaus dynamisch entwickelt. Allerdings geht diese Dynamik über eine nur geographische Veränderung europäischer Industriestrukturen hinaus. Denn diese räumliche Verschiebung ist eng verknüpft mit einem grundlegenden Wandel der Organisationsstrukturen westeuropäischer Industrien. Die verstärkte Ansiedlung industrieller Aktivitäten im Ausland geht einher mit zunehmendem *Outsourcing*, d. h. der Auslagerung von Teilen des unternehmerischen Leistungsspektrums an Zulieferer und externe Dienstleister. *Globalisierung*, so die Konsequenz, findet seit den 1990er Jahren nicht mehr in erster Linie innerhalb von multinationalen Konzernen statt, sondern zunehmend im Rahmen *transnationaler Produktionsnetzwerke*, hoch arbeitsteiliger Gebil-

Netzwerke überaus voraussetzungsvoll ist. An den östlichen Standorten sind die Voraussetzungen im sozialen Umfeld keineswegs im Überfluss und auch nicht überall in gleicher Qualität vorhanden. Daher erscheint es fraglich, ob sich die Verlagerung industrieller Aktivitäten nach Mittel- und Osteuropa zukünftig mit dem Wachstumstempo der letzten zehn Jahre fortsetzen wird. Darüber hinaus sind die Auswirkungen transnationaler Produktionsnetzwerke auf Arbeit und Beschäftigung in Deutschland weit weniger eindeutig, als in der gegenwärtigen Diskussion unterstellt wird.

Transnationale Produktionsnetzwerke

Die Entstehung transnationaler Produktionsnetzwerke ist das Ergebnis von mehreren miteinander verknüpften Entwicklungstrends. Zum einen lässt sich quer durch die Branchen ein Aufbrechen traditioneller industrieller Organisationsstrukturen beobachten. Nicht zuletzt unter dem Druck der Finanzmärkte mit ihren hohen Renditeerwartungen unter-



Automatisierte
Elektronikfertigung in
Ungarn
Foto: Flextronics

ziehen Industrieunternehmen die Reichweite und den Umfang ihrer Eigenaktivitäten einer grundsätzlichen Überprüfung mit dem Ziel einer Konzentration auf Kernkompetenzen. Als Folge lagern sie wachsende Teile der Wertschöpfung auf externe Zulieferer aus. Betroffen sind dabei nicht nur die Fertigung von Vor- und Zwischenprodukten, sondern in wachsendem Maße auch Entwicklungs- und Servicefunktionen (wie etwa Logistik und Instandhaltung). In einigen Fällen verzichten die Anbieter sogar komplett auf die Eigenfertigung und konzentrieren sich auf die Entwicklung und Vermarktung von Produkten, während die Herstellung von externen Fertigungsspezialisten übernommen wird. Für die Käuferinnen und Käufer von Markenprodukten (seien es Automobile oder PCs, Handys oder Damenkonfektion) agieren diese Entwicklungs- und Fertigungsspezialisten, von denen etliche sich binnen weniger Jahre

zu international tätigen Großunternehmen entwickelt haben, oft unsichtbar im Hintergrund. Insgesamt haben Zulieferer in den letzten zehn Jahren wachsende Anteile der industriellen Wertschöpfung übernommen.

Zum andern wird die so genannte »vertikale Integration« als die herkömmliche Koordinationsform von Entwicklungs- und Produktionsprozessen innerhalb von (Groß-)Unternehmen nicht durch rein marktförmige Austauschbeziehungen abgelöst, sondern durch Netzwerke. Das Verhältnis zwischen Endherstellern und Zulieferern in diesen Produktionsnetzwerken ist dabei nicht durch anonyme Marktbeziehungen gekennzeichnet, bei denen der Lieferant leicht gewechselt werden kann und in erster Linie der Preis den Ausschlag gibt. Denn die Aufspaltung komplexer Entwicklungs- und Produktionsprozesse auf eine Vielzahl von Beteiligten ist ausgesprochen voraussetzungs- und schafft wechselseitige Abhängigkeiten. Nicht nur sind Zulieferungen zeitkritisch und erfordern Verlässlichkeit hinsichtlich der gelieferten Quantitäten und Qualitäten. In den neu entstandenen Innovations- und Produktionsverbänden ist die Arbeitsteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den Akteuren häufig auch nicht trennscharf. Vielmehr sind für die erfolgreiche Entwicklung und Herstellung vieler Produkte eine enge Kooperation und ein intensiver Wissensaustausch zwischen den beteiligten Unternehmen von großer Bedeutung.

Schließlich sind die neuen Produktionsnetzwerke nicht nur unternehmensübergreifend, sondern zunehmend auch grenzüberschreitend angelegt. Seit den 1990er Jahren legen Unternehmen ihren Entscheidungen über die Standorte von Fertigungen, aber auch von Forschung und Entwicklung veränderte Kriterien zugrunde. Ob es sich um den

Neuaufbau, die Erweiterung oder die Modernisierung von Fertigungen handelt: Die Unternehmen stellen immer häufiger die Frage der Auslandsfertigung als Alternative zu Investitionen an bisherigen (inländischen) Standorten. Für den Aufbau von Auslandsstandorten sprechen dabei teils eine Verbesserung des Marktzugangs, teils die Aussicht auf kostengünstigere Produktion durch die Nutzung gesellschaftlicher und sozialer Unterschiede gegenüber existierenden Standorten (von niedrigeren Löhnen und Sozialstandards über eine lockerere staatliche Regulierung bis hin zur Subventionierung von Investitionen).

Die neue Architektur europäischer Produktionsnetzwerke

Der Aufbau transnationaler Netzwerke wurde durch weltweit wirkende Faktoren wie die Liberalisierung von Handel, Finanzmärkten und grenzüberschreitenden Investitionen sowie die Verbilligung von Kommunikations- und Transportkosten stark erleichtert. Jedoch haben die transnationalen Produktionsnetzwerke zum überwiegenden Teil keine wirklich »globale« Architektur. Die engen und in der Regel zeitkritischen Austausch- und Kooperationsbeziehungen zwischen den Netzwerkpartnern lassen sich meistens nicht über große Distanzen aufrechterhalten, wobei es hier nicht allein auf räumliche, sondern auch auf soziale Nähe ankommt, die beispielsweise auf kulturellen Gemeinsamkeiten gründen kann. Die auf die Bedienung europäischer Absatzmärkte ausgerichteten Produktionsnetzwerke befinden sich daher weit überwiegend auch an europäischen Standorten. Dies schlägt sich beispielsweise darin nieder, dass die Mitglieder der Europäischen Union (EU 15) trotz wachsender internationaler Verflechtung ihrer Industrien rund drei Viertel ihres Außenhandels mit

Industrieprodukten nach wie vor innerhalb Europas abwickeln: 2002 gingen 73 Prozent der Industrieexporte der EU 15 nach Europa; 75 Prozent der von den Mitgliedsländern importierten Industriegüter kamen aus Europa.

Der Systemwechsel der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften zur kapitalistischen Marktwirtschaft hat neue Optionen für die Lokalisierung industrieller Aktivitäten innerhalb Europas eröffnet. In unmittelbarer räumlicher Nähe zu den entwickelten industriellen Zentren (wie Deutschland, Österreich oder Schweden) wurden für die westeuropäischen Unternehmen nunmehr Standorte in Regionen verfügbar, die wegen ihrer beträchtlichen gesellschaftlichen und sozialen Abweichungen von westeuropäischen Standards attraktiv sind. Transnationale Produktionsnetzwerke nutzen diese Differenzen, wobei sie auf vorausgegangene Industrialisierungsprozesse in den mittelosteuropäischen Ländern aufbauen. Dies gilt insbesondere für das breite Reservoir an industrieerfahrenen, gut ausgebildeten, teilweise hoch qualifizierten Arbeitskräften, aber auch für geeignete und anpassungsfähige Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen. Für die strategischen Optionen der westlichen Unternehmen ist darüber hinaus von Bedeutung, dass die mittelosteuropäischen Länder in verschiedener Hinsicht ein offenes und gestaltbares institutionelles Umfeld (zum Beispiel hinsichtlich der Arbeitsbeziehungen) aufweisen, während der EU-Erweiterungsprozess bereits weit vor dem formellen Beitritt der neuen Mitglieder einen verlässlichen regulatorischen Rahmen gewährleistet.

Die Verlagerung von Produktions- und Servicefunktionen hat sich dabei in den 1990er Jahren zunächst auf Standorte in unmittelbarer räumlicher Nähe der Herkunftsländer konzentriert.

Während deutsche Unternehmen sich vor allem nach Ungarn, Tschechien und Polen wendeten, präferierten skandinavische Hersteller die baltischen Staaten. In diesen Fällen geht räumliche Nähe zudem mit kultureller Nähe einher, die auf Gemeinsamkeiten der europäischen Geschichte zurückgeht. Gerade in dieser Kombination waren und sind dies wichtige Voraussetzungen für die Ausdehnung von Innovations- und Produktionsnetzwerken auf neue Standorte. Denn diese Netzwerke ebnen den westlichen Unternehmen nicht nur den Zugang zu neuen Niedriglohnregionen, sondern sie integrieren die dortigen Standorte eng in gesamteuropäische Produktionsverbände, deren reibungsloses Funktionieren von der Qualität und Lieferfähigkeit der östlichen Standorte abhängt.

Diese enge Verflechtung hat die westlichen Hersteller in vielen Fällen dazu bewogen, sich in Mittelosteuropa nicht auf die Leistungsfähigkeit einheimischer

Die Strukturen transnationaler Produktionsnetzwerke werden daher in West- wie in Mittelosteuropa von westlichen Akteuren dominiert. Dies gilt – bezogen auf unsere Untersuchungsbranchen – insbesondere für die Automobil- und Elektronikindustrie.

So spielen in der *Automobilindustrie* die Endhersteller selbst eine führende Rolle beim Aufbau und Betrieb von Produktionsstandorten in Mittelosteuropa. Mehr noch: Gerade die deutschen Automobilbauer haben darüber hinaus ihre wichtigsten Zulieferer, die an den inländischen Standorten die Gewähr für reibungslose Kooperation in den arbeitsteiligen Produktionsnetzwerken bieten, dazu veranlasst, ihnen nach Ungarn, Tschechien, Polen oder in die Slowakische Republik zu folgen. Ähnlich wie an westeuropäischen – insbesondere deutschen – Standorten sind auch in Mittelosteuropa regionale Agglomerationen der Zulieferer komplexer, großvolumiger Komponenten (so genannte Mo-

Inspektion hoch integrierter Elektronik-Module in Zalaegerszeg, Ungarn
Foto: Flextronics



Unternehmen zu verlassen, sondern die Fertigungen, die eng in Lieferbeziehungen eingebunden sind, in eigener Regie zu betreiben und damit zu kontrollieren.

odule) in unmittelbarer Nähe der Endhersteller entstanden, zum Teil in Gestalt so genannter Zulieferparks. Damit haben Automobilhersteller und -zulieferer ihre

Kooperationsbeziehungen auch in ihrer räumlichen Struktur nach Osten transferiert.

Auch in der *Elektronikindustrie* werden die transnationalen Produktionsnetzwerke vor allem von westlichen Unternehmen geprägt. Allerdings geht ihre Herausbildung hier mit einer weitreichenden Neustrukturierung der Abnehmer-/Zulieferbeziehungen einher. Nach anfänglicher Beteiligung auch der Endhersteller werden Produktionsstandorte in Mittel- und Osteuropa seit Ende der 1990er Jahre vor allem von Zulieferern neuen Typs betrieben: so genannten »Kontraktfertigern« nordamerikanischer Provenienz. Hierbei handelt es sich um rasch wachsende, mittlerweile selbst global agierende Großunternehmen, deren Kompetenz in Produktion und Fertigungsdienstleistungen liegt, während Produktentwicklung und Vermarktung

weiterhin den Endherstellern überlassen wird. Nachdem die Kontraktfertiger zunächst in den USA stark expandierten, sind sie seit Ende der 1990er Jahre zunehmend auch in Europa präsent. Dabei nutzen sie die kostengünstige Fertigung an mittel- und osteuropäischen Standorten als Hebel, um ihr Geschäft mit europäischen Abnehmern auszuweiten. Während sie in Westeuropa im Zuge von Outsourcing-Vereinbarungen Standorte von ihren Kunden übernommen haben, errichteten sie ihre neuen europäischen Werke ausschließlich in Mittel- und Osteuropa.

Während in der Automobil- und Elektronikindustrie die entscheidenden Produktionsschritte von westlichen Herstellern und Zulieferern selbst betrieben werden, zeichnet sich die *Bekleidungsindustrie* dadurch aus, dass die Fertigung an den Niedrig-

lohnstandorten in erheblichem Umfang von einheimischen Unternehmen durchgeführt wird. Dies ist für die Branche nicht neu, insbesondere die deutschen Hersteller haben bereits vor 1990 extensiv mittel- und osteuropäische Partner für die arbeitsintensiven Funktionen genutzt. Obwohl die BekleidungsHersteller damit Vorreiter in der Nutzung mittel- und osteuropäischer Produktionsstandorte waren, konnten sie für eine weitere Verlagerung der Fertigung nicht umstandslos an diese Strukturen anknüpfen. Denn ihre östlichen Lohnfertiger wiesen traditionell eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit auf: für die flexible Fertigung qualitativ hochwertiger Kollektionen und modischer Produkte waren sie nicht geeignet. Nicht zuletzt mit Hilfe und Unterstützung deutscher Hersteller gelang den Lohnfertigern eine Reorganisation, die sie dann schließ-

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)

(red.) Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) wurde 1968 als universitätsnahes Forschungsinstitut gegründet mit dem Ziel, empirische Sozialforschung auf eine breite und kontinuierliche Basis zu stellen. Im Mittelpunkt der Institutsarbeit steht eine soziologische Grundlagenforschung, die einerseits Beiträge zur Erweiterung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes und des methodischen Instrumentariums leistet, andererseits anwendungsorientiert und praxisrelevant ist. Seit seiner Gründung beschäftigt sich das SOFI insbesondere mit Fragen der Arbeits-, Industrie- und Bildungssoziologie. Die wichtigsten Forschungsfelder sind heute der Strukturwandel der Industrie und des

Dienstleistungssektors, Arbeit in der Informationsgesellschaft, Veränderungen im System der beruflichen Bildung und sozialstrukturelle Wandlungsprozesse. Aspekte der voranschreitenden Integration der Europäischen Union und der zunehmenden Internationalisierung der ökonomisch-sozialen Beziehungen kommen verstärkt hinzu.

Die Forschungsprojekte werden vorrangig mit Mitteln verschiedener Forschungsfördereinstellungen, darunter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der VolkswagenStiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Alexander von Humboldt-Stiftung, durch Bundes- und Landesministerien, internationale Institutionen (Europäische Union, Eu-

ropäischer Sozialfonds, OECD) sowie Industrieunternehmen finanziert. Zur Sicherung der wissenschaftlichen Kontinuität erhält das Soziologische Forschungsinstitut eine institutionelle Förderung durch das Land Niedersachsen.

Die Nähe zur Universität, die sich in dem seit 1983 vom Senat der Universität zuerkannten Status eines »Instituts an der Universität« ausdrückt, sichert die Rückkopplung der Forschungsergebnisse in die Lehre der Georgia Augusta und erschließt dem Institut einen breiten Diskussionskreis. Zur Zeit sind 35 Mitarbeiter im SOFI beschäftigt, das von den Direktoren Prof. Dr. Martin Baethge und Dr. Volker Wittke geleitet wird. Präsident des SOFI ist Prof. Dr. Michael Schumann.

lich befähigte, den Qualitäts-, Flexibilitäts- und Terminerwartungen zu genügen. Teilweise nutzten westliche Hersteller aber auch den Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft für eine Vor-Ort-Präsenz mit eigenen oder über Joint-Ventures kontrollierten Fertigungsstätten. Auf dieser doppelten Grundlage hat die Auslagerung arbeitsintensiver Fertigungsaktivitäten nach Mitteleuropa dann einen neuen Schub erfahren.

In allen drei Branchen hat sich das Muster der internationalen Arbeitsteilung innerhalb der europäischen Produktionsnetzwerke in den letzten zehn Jahren stark verändert. Vereinfachend formuliert kamen an mitteleuropäischen Standorten in vielen Fällen anfangs eher einfache Produkte in größeren Serien, eingefahrene Prozesse, weniger komplexe Tätigkeiten und ein eingeschränktes Funktionsspektrum zum Zuge. Dieses Muster der Arbeitsteilung hat sich in den letzten Jahren schrittweise in Richtung auf einen erweiterten Funktionsumfang, komplexere Produkte und höherwertige Tätigkeiten verschoben. Auch von der Produktionstechnik her stehen in Mitteleuropa zunehmend moderne und technisch avancierte Fertigungsstätten. Dieses rasche »Upgrading« wird dabei durch die Akteure vor Ort (lokales Management und Belegschaften; politische Akteure) mit betrieben. Zugleich wird es durch die bereits erwähnte Eigenheit der transnationalen Produktionsnetzwerke erleichtert: Da sich die mitteleuropäischen Fertigungsstätten überwiegend im Eigentum westlicher Unternehmen befinden, findet der transnationale Know-how-Transfer innerorganisatorisch statt und kann damit von den Unternehmen kontrolliert werden. Wo dies nicht der Fall ist, wie etwa in Teilen der Bekleidungsindustrie, hat die Sorge vor unkontrolliertem Abfluss von Know-how hingegen zu Problemen geführt.

Auswirkungen auf Arbeit und Beschäftigung in Deutschland

Bei der Frage nach den Auswirkungen der neuen Architektur europäischer Produktionsnetzwerke wollen wir uns im Folgenden auf Deutschland beschränken. Deutschland ist allein deshalb schon der wichtigste Fall, weil von den westeuropäischen Industrien die deutsche am stärksten in Mitteleuropa engagiert ist. Der Bestand an Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Mitteleuropa hat sich zwischen 1991 und 2001 von gut

osteuropäischen Lieferanten der deutschen BekleidungsHersteller nicht mitgerechnet werden.

Anders als die gegenwärtige Diskussion unterstellt, geht der Aufbau dieser industriellen Kapazitäten im Osten allerdings nicht in jedem Fall auf Kosten von Arbeit und Beschäftigung in Deutschland. Vielmehr hat sich die Einbeziehung von Mitteleuropa in transnationale Produktionsnetzwerke recht unterschiedlich ausgewirkt. Als vorteilhaft für den Standort Deutschland erweisen sich Strategien, welche

Manuelle Systemmontage von Computerdruckern in Ungarn
Foto: Flextronics



vier Milliarden Euro auf rund 34 Milliarden Euro vervielfacht, über die Hälfte hiervon sind Kapitalbeteiligungen an Industrieunternehmen. Die Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung stieg in den letzten zehn Jahren ebenfalls rasch an: Von 56.000 (1991) auf 830.000 (2001), davon waren etwa 475.000 Beschäftigte (2001) in der Industrie tätig. Diese Zahlen unterschätzen die Relevanz Mitteleuropas für die deutsche Industrie sogar noch, da Zulieferer, die sich nicht im Besitz deutscher Unternehmen befinden (wie etwa die amerikanischen Kontraktfertiger oder die mittel-

die spezifischen Stärken des deutschen Produktionsmodells (Orientierung auf Qualität und technische Exzellenz; duales System der beruflichen Bildung mit qualifizierten Facharbeitern; moderne Formen der Arbeitsorganisation; auf konsensuale Regelungen ausgerichtete industrielle Beziehungen) mit den Vorzügen der östlichen Standorte kombinieren. Östliche Produktionsstandorte konnten in diesen Fällen als komplementärer Bestandteil von Wachstumsstrategien auf den internationalen Märkten genutzt werden. Die Automobilindustrie beispielsweise, für die dies in besonderer Weise gilt, hat seit Mitte

der 1990er Jahre Produktionskapazitäten und Beschäftigungsvolumen für die Fahrzeug- und Zulieferproduktion im Ausland massiv ausgebaut. Die neuen Standorte in Mittelosteuropa, wo die Automobilindustrie der mit Abstand größte industrielle Investor ist, hatten hieran einen gewichtigen Anteil. Allerdings haben die Unternehmen die östlichen Standorte als Teil einer Innovations- und Wachstumsoffensive genutzt, die auch die umfassende (technische wie organisatorische) Modernisierung traditioneller Standorte im Westen umfasste. Die Folge ist: Parallel mit dem Aufbau der Auslandsproduktion stiegen auch die Beschäftigungszahlen im Inland von 640.000 im konjunkturellen Tiefpunkt 1994 auf 770.000 (2001) an und erreichten damit nahezu wieder das Niveau vom Anfang der 1990er Jahre (800.000). Allerdings konnten diese positiven Effekte im Inland oft nur um den Preis von Abstrichen bei den Arbeits- und Beschäftigungskonditionen erreicht werden.

Weit problematischer für die Beschäftigung im Inland hat sich hingegen der Aufbau industrieller Kapazitäten in Mittelosteuropa ausgewirkt, wenn Verlagerungen Teil einer Defensivstrategie waren, die insgesamt stark auf Kostenreduktion ausgerichtet war. Paradigmatisch hierfür steht die deutsche Bekleidungsindustrie, die schon seit langem nicht in der Lage ist, von den oben skizzierten Vorzügen des deutschen Produk-

tionsmodells Gebrauch zu machen. Der eingeschlagene Weg der Abwanderung der Produktion aus Deutschland wurde hier nach der Öffnung Mittelosteuropas nur forciert. Bei stagnierenden Umsätzen ist die Produktion von Bekleidung in Deutschland zwischen 1990 und 2000 auf weniger als die Hälfte gesunken. Selbst die Hersteller von Markenkonfektion und modischer Bekleidung haben ihre Fertigung in den letzten zehn Jahren weitgehend an ausländische (bevorzugt mittelosteuropäische) Standorte verlagert. Die Ausweitung der Auslandsproduktion ist in der Bekleidungsindustrie eindeutig zu Lasten der Beschäftigung im Inland gegangen: Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland sank innerhalb von zehn Jahren auf ein Drittel – von 167.000 (1992) auf 55.000 (2002).

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Auswirkungen transnationaler Produktionsnetzwerke auf Arbeit und Beschäftigung in Deutschland hingen bislang davon ab, inwieweit die Unternehmen deutsche wie mittelosteuropäische Standorte mit ihren unterschiedlichen Stärken für Modernisierungsstrategien nutzen konnten, die Wachstum ermöglichten. Wo dies gelang, trug der Aufbau von industriellen Aktivitäten in Mittelosteuropa zur Sicherung von Arbeit und Beschäftigung in Deutschland bei. In anderen Fällen wirkten die

transnationalen Produktionsnetzwerke als »job drain«.

Geht man nach den Ankündigungen und Planungen der Unternehmen in den untersuchten Branchen, dann ist die Verlagerung industrieller Kapazitäten nach Mittelosteuropa allerdings gegenwärtig noch in vollem Gang, der Stellenwert Mittelosteuropas in den europäischen Produktionsnetzwerken wird in nächster Zeit vermutlich weiter zunehmen. Wenn zudem die umfangreichen Upgrading-Prozesse, um die sich die Unternehmen derzeit bemühen, erfolgreich sind, könnte auch in Branchen wie der Automobilindustrie die zunächst auf komplementäre Spezialisierung angelegte Arbeitsteilung zwischen Ost und West verschwimmen, und Verlagerungen könnten verstärkt auch qualifizierte, innovative und technisch anspruchsvolle Funktionen betreffen. Führt die neue Ost-West-Arbeitsteilung damit perspektivisch doch zu der Bedrohung für den Standort Deutschland, wie sie in der öffentlichen Diskussion an die Wand gemalt wird?

Aus unserer Sicht ist Vorsicht geboten bei der Extrapolation der Entwicklung der letzten zehn Jahre. Denn dieses Wachstum gründete auf dem Modus, das Reservoir qualifizierter industrieller Arbeitskräfte in den für Westeuropa räumlich und sozial »nahen« Regionen Mittelosteuropas zu nutzen, in denen der gesellschaftliche Reformprozess weit fortgeschritten ist (Ungarn, Tschechische Republik und Polen). Auf diese Länder hat sich die Verlagerung zunächst konzentriert. Es spricht einiges dafür, dass dieser Modus der Ost-West-Integration gerade wegen seines Erfolgs in der Vergangenheit zukünftig an Grenzen stoßen könnte. In einigen Regionen der bislang bevorzugten Länder sind qualifizierte Arbeitskräfte bereits zu einer knappen Ressource geworden,

Nähsaal eines deutschen Bekleidungsunternehmens in Rumänien
Foto: Steilmann



was einen weiteren Ausbau von anspruchsvollen Fertigungen limitieren dürfte. Um die für Ausweitung und Aufwertung der Standorte erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen zu schaffen, dürften verstärkte Anstrengungen erforderlich sein. Das Problembewusstsein dafür wie auch adäquate Lösungsstrategien sind allerdings vielfach unterentwickelt. Zudem sind die Löhne in den industriellen Boomregionen Mittelosteuropas in den letzten Jahren stärker als die Produktivität gestiegen, was diese Standorte für besonders arbeitsintensive Fertigungsprozesse (insbesondere in der Bekleidungs-, aber auch in Teilen der Elektro-

nikindustrie) zunehmend unattraktiv werden lässt. Seit geraumer Zeit lassen sich Strategien westlicher Hersteller beobachten, den Ausweg in der Nutzung von Standorten in weiter östlich gelegenen Regionen (Rumänien, Bulgarien sowie die früher zur Sowjetunion gehörenden Staaten) zu suchen. Mit dem weiteren Zug nach Osten steigen freilich nicht nur Transportkosten und Risiken. Denn während die transnationalen Produktionsnetzwerke in Mittelosteuropa in der Vergangenheit stark von existierenden Qualifikationen und Institutionen (Ausbildungsstätten) profitieren konnten, kommen die westlichen Investoren nunmehr in die Rolle,

die sozialen Umfeldler für ihre industriellen Aktivitäten, verstärkt selbst gestalten müssen. Wieweit ihnen dies gelingen wird, ist keineswegs ausgemacht. ◀

■ The article deals with the newly emerging East-West division of labor in European industries. It is based on results of a joint research project of the Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) and the Industrial Performance Center at the Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (USA), that is funded by the Volkswagen Foundation. The project analyzes how European companies from the automobile, electronics, and apparel industries make use of the new options of an enlarged Europe. The results indicate that West European companies built up and used industrial capacities in Central and Eastern European countries as early as the 1990s, well in advance of EU enlargement. The use of industrial capacities in Central and Eastern Europe (CEE) is entrenched in a far-reaching reorganization of European industries resulting in transnational production networks. The emergence of these networks is stimulated by an interlinked process of increased outsourcing of activities to external suppliers on the one hand and the relocation of industrial activities abroad on the other. The effects of the emerging pan-European production networks for work and employment in Western European societies differ substantially across industries; in general they have been less negative than often expected. Although the dynamics of relocation is still ongoing, the results indicate social limitations to further expansion. The architecture of transnational production networks requires social preconditions which cannot be taken for granted throughout CEE. ■



Dr. Michael Faust, Jahrgang 1952, studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie an den Universitäten Freiburg und Tübingen mit dem Abschluss Diplomvolkswirt (1979). Er wurde 1992 an der Universität Tübingen im Fach Soziologie promoviert und war von 1988 bis 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur (FATK) an der Universität Tübingen. Seit 2000 ist er Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) an der Universität Göttingen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Arbeits-, Industrie- und Organisationssoziologie, er forscht unter anderem zu Fragen des Wandels von Managementstrukturen.



Ulrich Voskamp, Jahrgang 1952, studierte Politikwissenschaft und Germanistik an der Georg-August-Universität Göttingen. Nach dem Staatsexamen 1979 ist er seit 1981 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Universität Göttingen tätig. Er forscht zu arbeits- und industriesoziologischen Aspekten der Reorganisation von Unternehmen, der Transformation staatssozialistischer Wirtschaftssysteme und der Steuerung transnationaler Produktionssysteme.



PD Dr. Volker Wittke, Jahrgang 1957, studierte Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Abschluss Diplomsozialwirt (1983). Er wurde in Göttingen an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät promoviert (1996), habilitierte sich 2004 und ist seit 1996 Direktor am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Seine wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte sind die Soziologie industrieller Restrukturierung sowie die Untersuchung nationaler Innovationssysteme in international vergleichender Perspektive.